



STEYR MUSS UMDENKEN

Wohin geht der Weg der regionalen Wirtschaft, wenn der Automotor nicht mehr so brummt? **Seite 4**



KLIMASCHUTZ GANZ OBEN

Eine Umfrage zeigt es klar: die OberösterreicherInnen wollen Taten im Klimaschutz sehen. **Seite 3**



BILLIGERE ÖFFI-TICKETS

Die Tickets des Öffentlichen Verkehrs sind in OÖ zu teuer. Es braucht eine Tarifreform. **Seite 7**

OÖ.PLANET

AUSGABE NR. 107
OKT 2020 23. JAHRGANG

GRÜNE ZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

OÖ.PLANET NR. 06/2020 | PREIS: € 1,- | ÖSTERREICHISCHE POST AG | MZ 02Z031264 M
DIE GRÜNEN | LANDESGRUPPE OÖ | 4040 LINZ | LANDGUTSTR. 17 | RETOUREN AN POSTFACH 555 | 1008 WIEN



RETTEN WIR DAS NATURIDYLL

Zwischen Vorder- und Hinterstoder soll ein großes Stück Natur zugunsten eines neuen Schigebietes geopfert werden. Doch gegen diese Naturzerstörung regt sich Widerstand. Seite 2



Christine Zauner informierte Stefan Kaineder in Vorderstoder über die geplanten Einschnitte in die Natur.

LINZER WESTRING: KLIMAKILLER UND STEUERVERSCHWENDUNG

Um satte 100 Millionen Euro wird die Westring-Autobahn teurer. Und von den politisch Zuständigen kommt ein sanftes Achselzucken.

Laut der Finanzierungsvereinbarung zum Westring hat das Land OÖ zehn Prozent der Gesamtkosten zu tragen. Folgenreich ist, dass keine Begrenzung nach oben vereinbart worden ist. Es gibt keinen Deckel. Weder das Land OÖ noch die ebenfalls beteiligte Stadt Linz wissen bis heute, wie viel sie am Ende wirklich zahlen müssen.

2001 wurden für den Westring, damals noch in der vollen Variante mit Nordtunnel, 215 Mio. Euro veranschlagt. 20 Jahre später hat sich das Projekt halbiert, die Kosten haben sich aber mehr als verdreifacht. So waren es etwa 2008 451 Mio. Euro, 2011 646 Mio. Euro und nun stehen wir 2020 bei 743 Mio. Euro. Wenn diese Kostensteige-

rung der letzten Jahre im selben Ausmaß anhält, wird der Westring am Ende über 850 Mio. Euro kosten. Der Westring ist damit nicht nur ein Klimakiller, sondern pure Steuergeld-Verschwendung.

Dieses Projekt und die Reaktion auf die Kostenexplosion zeigen auch, was hier im Land unter Schwarz-Blau verkehrspolitische Realität ist: Die Straße hat Vorrang, Unsummen fließen in Autobahnen, während zentrale Öffi-Projekte seit Ewigkeiten auf Eis liegen, weil angeblich kein Geld da ist. Das ist alles nur unbegreiflich.



SEVERIN MAYR
LANDTAGSABGEORDNETER UND VERKEHRSSPRECHER DER GRÜNEN OÖ



ZUGESPITZT



■ MARCO VANEK
CHEFREDAKTEUR
MARCO.VANEK@
GRUENE.AT

HAUSVERSTAND
EINSCHALTEN!

Gerade einmal sieben Monate ist es her, seit uns das Coronavirus im Bann hält. Jetzt im Herbst – wenn die Fallzahlen wieder ansteigen – wird der Umgang mit dem Virus unter eine starke Probe gestellt. Von Seiten der Opposition kommen mehr oder weniger hilfreiche Vorschläge. Rudi Anschöber – der zurzeit auf politischer Ebene wohl den härtesten Job hat – sucht nach Lösungen, die auf wissenschaftlicher Basis beruhen.

Viel jammern nützt in dieser Situation wenig: jetzt müssen wir alle gemeinsam durch und vor allem unseren Hausverstand einschalten. Der Wissenschaftsjournalist Kurt Langbein hat es in seinem kürzlich erschienenen Buch auf den Punkt gebracht: „Das größte Risiko für eine Ansteckung besteht in geschlossenen Räumen und hier vor allem, wenn laut gesungen, gesprochen oder geschrien wird, wie zum Beispiel beim Feiern oder in einer Halle mit lauten Maschinen. Das sind Situationen, in denen sogenannte Cluster entstehen. Wenn man das versteht, kann man Vorkehrungen treffen – und dann wird uns Covid-19 auch im Winter keine allzu großen Sorgen machen“. Und: Am besten und billigsten ist nach wie vor: Mund- und Nasenschutz tragen, dort wo viele Menschen in geschlossenen Räumen eng beieinander sind, Abstand halten und Hände waschen...

Bleiben wir gesund,

hofft Marco Vanek
Chefredakteur

EIN SCHIGEBIET
IM GRÜNEN?

Die Seilbahnindustrie möchte in Vorderstoder mit tatkräftiger Hilfe des Landes Oberösterreich 45 Millionen Euro in ein neues Schigebiet investieren. Dabei nimmt sie Naturzerstörung in Kauf, aber auch das hohe Risiko, dass es in dieser Höhe zu wenig Schnee geben wird.

■ MARCO VANEK

Vorderstoder, am Fuße des gewaltigen Kalkstocks des Warschenecks gelegen, ist ein kleines Bergdorf mit etwa 800 EinwohnerInnen. Im Gegensatz zur Nachbargemeinde Hinterstoder ist der Ort landwirtschaftlich geprägt und bisher von der touristischen „Entwicklung“ verschont geblieben. Die UrlauberInnen schätzen hier die Ursprünglichkeit und Ruhe. Viele von ihnen kommen hierher zum Wandern und Radfahren und genießen die Naturidylle. Nun werden aber die Pläne immer konkreter, die Schiregion Hinterstoder bis nach Vorderstoder auszuweiten. Drei neue Gondelbahnen sollen entstehen, Schipisten im Ausmaß von

über 40 Hektar in den naturnahen Wald geschlagen werden, weiters drei neue Speicherteiche und im Tal Parkplätze für über 850 Autos.

Fast 20.000 Unterschriften
gegen das Projekt

Dagegen wehren sich aber viele EinwohnerInnen der kleinen Gemeinde und haben eine Petition verfasst, die bis Anfang Oktober von über 20.000 Menschen aus ganz Oberösterreich und darüber hinaus unterstützt wird.

Kämpferin an vorderster Stelle

Christine Zauner, die seit fast 40 Jahren in Vorderstoder lebt,



Foto: Isival

Das Naturjuwel Vorderstoder ist in Gefahr. Viele Menschen lehnen die Schigebietsanbindung ab.

hier den Kindergarten gründete, in der Wandergruppe aktiv ist und sich in einer Bürgerliste auf Gemeindeebene engagiert.

Schon einmal hat sie sich gegen ein Schiprojekt erfolgreich gestemmt. Damals sollten die Wurzeralm und die Höss miteinander verbunden werden, mitten durch das Naturschutzgebiet Warscheneck. Nach heftigen Protesten hat aber das Land OÖ dieses Projekt abgelehnt.

Keine nachhaltige Investition?

Bestärkt werden die GegnerInnen von wissenschaftlichen Untersuchungen, die bezweifeln, ob in Zukunft überhaupt noch genug Naturschnee auf Höhen zwischen 700 und 1200m fallen wird. Die Klimaforscherin Helga Kromp-Kolb meinte kürzlich auf einem Vortrag in Sierning, dass es zwar nach wie vor genug Niederschläge geben wird. Doch sie fallen im Winter

in Höhen von unterhalb 1000m immer öfters in Form von Regen. Klimalandesrat Stefan Kaineder hat daher eine Studie an der Universität für Bodenkultur in Auftrag gegeben, um notwendige Basisdaten über die Schneesicherheit und Wirtschaftlichkeit zu erheben. Diese soll bis Jahresende fertig sein.

Zu wenig Schnee zum
Schifahren

Erste Erfahrungen mit den Auswirkungen des Klimawandels gab es bereits in Vorderstoder. Bis vor einigen Jahren hat es in Vorderstoder ein kleines Schigebiet – die „Hackl-Lifte“ – gegeben. Diese wurden aber wegen Schneemangels wieder abgebaut. In einer Seehöhe von 700 - 1.200 m auf Skitourismus zu setzen ergibt für viele auf lange Sicht keinen Sinn mehr. Zumindest ist es nicht wert, dafür den Charakter und die Ursprünglichkeit des Bergdorfes aufs Spiel zu setzen.

SCHIGEBIETSERWEITERUNG:
NOCH IST NICHTS FIX

Mit der Petition ist das Projekt zunächst einer breiten Öffentlichkeit bekannt geworden. Damit die weiteren Planungen fortgesetzt werden können, muss die Gemeinde Vorderstoder den Flächenwidmungsplan ändern. Danach sind die Landesbehörden in Oberösterreich am Zug, die ihre Stellungnahmen dazu abgeben. Bis es dann im Gemeinderat von Vorderstoder zu einer Abstimmung über das Projekt kommen wird, kann also noch viel Zeit vergehen und 2021 wohl mindestens eine Gemeinderatswahl. Übrigens: Bis Mitte September hat die Gemeinde bereits 238 Einwände von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern bekommen.



Petition: <https://mein.aufstehn.at/petitions/naturjuwel-bergdorf-vorderstoder-in-gefahr-keine-schigebietsanbindung>

BIS IN DIE FINSTERSTEN ECKEN DER REPUBLIK

David Stögmüller ist seit Frühjahr Mitglied der im Ibiza-Untersuchungsausschuss. Er gibt Einblicke in seine Arbeit.

■ MARCO VANEK

Der Braunauer war bis zum Herbst Bundesrat der Grünen und wechselte dann in den Nationalrat. Dort kümmert er sich nun um Themen wie Landesverteidigung, Katastrophenschutz und ist auch Grüner Sprecher für den Rechnungshof. Seit dem

Frühjahr sorgt er für Aufklärung in der Ibiza-Affäre.

Immer wieder wird er gefragt, was ein solcher Untersuchungsausschuss überhaupt bringt, ob sich da tatsächlich brisante Dinge herausfinden lassen.

„Wir Grünen schauen in diesem U-Ausschuss in die finsternen Ecken der Republik und versuchen dabei ein altes politisches System ans Licht zu bringen. Wir wollen wissen, was an den Aussagen aus dem Ibiza-Video dran ist: Gibt es verdeckte Spenden an Parteien am Rechnungshof vorbei? Wo gibt es

Postenschacher? Können sich Reiche in Österreich Gesetze kaufen?

So hat es tatsächlich einen Wiener Privatkrankenhausbetreiber gegeben, der via SMS bei Strache eine Gesetzesänderung bestellt hat und diese tatsächlich auch im Gegenzug zu einer Spende an die Partei bekommen hat. Ein weiteres Beispiel ist das ‚Projekt Edelstein‘, bei dem wir durch die Aktenrecherche herausgefunden haben, dass das Finanzministerium vorhatte, heimlich still und leise das Bundesrechnungszentrum – die Datenkrake der Republik – an

die Post zu verkaufen, die erst vor nicht allzu langer Zeit die höchste Strafe in der EU für Verstöße gegen den Datenschutz bekommen hat. Auch kommen wir im Zuge der für den Untersuchungsausschuss gelieferten Akten auf andere Sachen drauf. So hat zum Beispiel ein Zufallsfund der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft Verbindungen zwischen der FPÖ und dem ehemaligen Wirecard Manager Jan Marsalek aufgedeckt, der ja eine große Nähe zu verschiedenen Geheimdiensten aufweist und sehr fragwürdige Projekte in Libyen geplant hatte...“



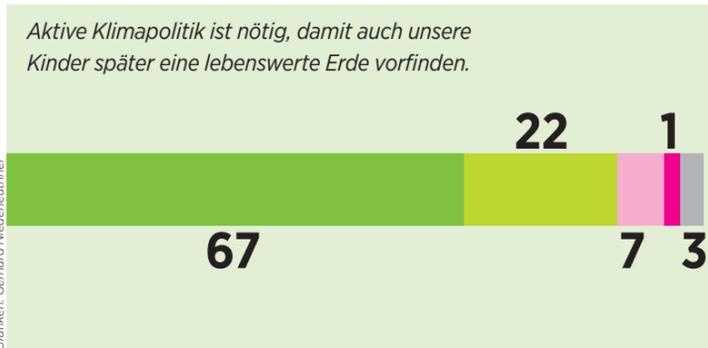
Foto: Die Grünen

GROSSER WUNSCH NACH MEHR KLIMASCHUTZ!

Eine kürzlich veröffentlichte Umfrage zeigt es ganz klar: Klimaschutz muss in Zukunft eine noch viel größere Rolle spielen. Die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst.

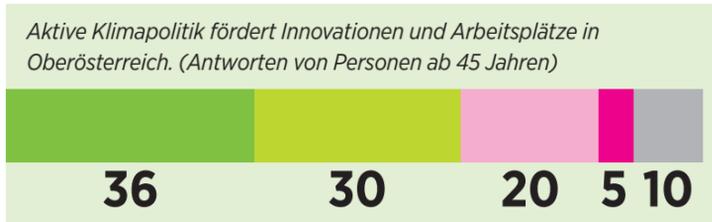
■ MARCO VANEK

Im Auftrag des Klimaschutzressorts hat das SORA-Institut 700 repräsentativ ausgewählte Landesbürgerinnen und -bürger befragt. Die Umfrage wurde im Juni 2020 durchgeführt und zeigt, dass die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher im Gegensatz zu Teilen der Politik verstanden haben, wie dramatisch die Klimakrise ist und wie notwendig weitgehende Handlungen seit langem wären.



AUSSAGEN ZUR AKTUELLEN SITUATION...

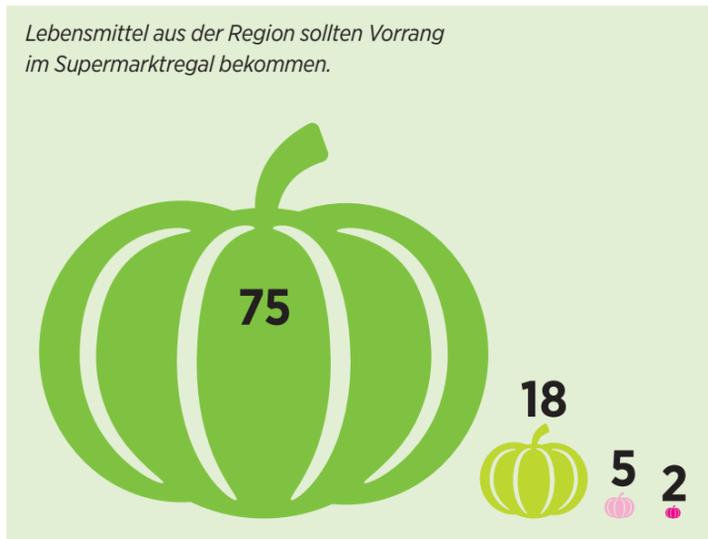
Für 89 Prozent der Bevölkerung ist in den letzten Monaten sichtbar geworden, dass der Schutz des Lebens unsere wichtigste Aufgabe ist. Die Menschen haben den Blick aufs Wesentliche geschärft.



ZUSTIMMUNG ZU AKTIVER KLIMAPOLITIK

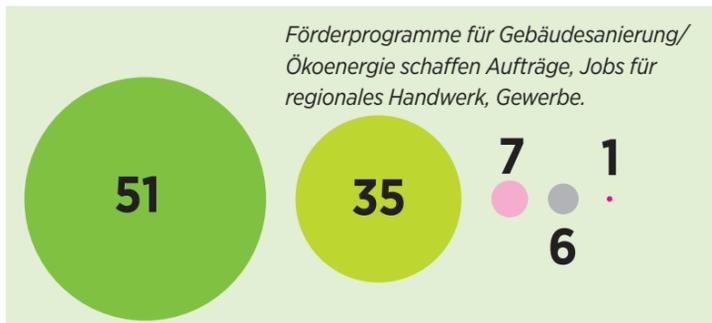
Der Frage, ob aktive Klimapolitik Innovation und Arbeitsplätze fördert, stimmen rund 65 Prozent zu.

Diese Zustimmung zieht sich durch alle Altersschichten und zeigt einen klaren Auftrag an die Politik.



KLIMAPOLITISCHE FORDERUNGEN 1

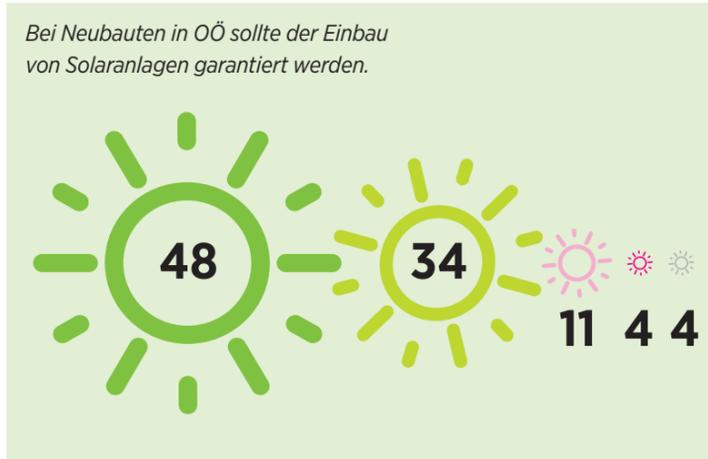
93 Prozent fordern einen Vorrang für heimische Lebensmittel im Supermarkt. Für 91 Prozent ist der Kampf gegen Flächenfraß ein wichtiges Ziel: Sie sind für eine Stärkung der Ortskerne statt neuer Einkaufszentren auf der grünen Wiese. 91 Prozent fordern eine Holzbau-Offensive: Sie finden, dass in OÖ viel mehr mit heimischen, klimafreundlichen Baustoffen gebaut werden soll.



AUSSAGEN ZU CORONA UND WIRTSCHAFT

Die Bevölkerung will, dass mit Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise – bedingt durch Covid-19 – gleich auch die Klimakrise bekämpft wird: 86 Prozent sind der Ansicht, dass aktive Klimapolitik wie die Förderungen für Gebäudesanierung und Ökoenergie Aufträge und Jobs für

regionales Handwerk und Gewerbe schafft. 78 Prozent sagen, die Politik soll die Milliarden zur Ankurbelung der Wirtschaft nutzen, um das Land klimafit zu machen. 77 Prozent finden, dass nur Industriebetriebe, die auch den CO₂-Ausstoß verringern, jetzt Förderungen erhalten sollten.



KLIMAPOLITISCHE FORDERUNGEN 2

82 Prozent wollen, dass alle Neubauten in OÖ verpflichtend eine Solaranlage haben. 79 Prozent halten es für (sehr oder ziemlich) sinnvoll, strengere Auflagen zu erlassen, um die Bodenversiegelung auf ein Mindestmaß zu reduzieren. 78 Prozent sind für die Einführung einer 365-Euro-Jahreskarte in OÖ. Eine Mehrheit mit 53 Prozent ist sogar sehr dafür.

Legende (Quelle: SORA-Institut im Auftrag des Klimaschutzressorts)
 ■ stimme sehr ■ ziemlich ■ wenig ■ gar nicht zu ■ weiß nicht/keine Angabe

HABT MUT ZUR LÜCKE!

Im Gespräch mit Schuldirektorin Lucia Kreisel über ihre „Schule für alle“.

■ SONJA WÖHRENSCHIMMEL

Nach einem Sommer mit Eis-Essen und Urlaub steht für alle Kinder wieder die Schule im Mittelpunkt. Und Corona. Sportwochen wurden gestrichen, Feiern abgesagt. Wie geht es einer Sonderschule mit der Situation?

„Ins neue Schuljahr gestartet bin ich im August. Aber eigentlich

geht die Schule gefühlt seit März durch“, erzählt Lucia Kreisel. Die Ferien waren kürzer und selbst am Wochenende ist man mit den Eltern in Kontakt.

„Schule für alle“

In der „Schule für alle“ in Linz-Urfahr unterrichten 39 Lehrerinnen und Lehrer Kinder mit körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen und zum Großteil verhaltensauffällige Kinder, von sechs Jahren bis zum Erwachsenenalter. Kinder, die gewickelt werden müssen, Jugendliche, die direkt aus der Haft kommen, unterschiedlich begabte Kinder, meist problemati-



Foto: privat

sche Familiengeschichten – all das verändert den Blick auf das Ganze. „Gerade bei unseren Kindern ist es nicht normal, dass sie einen soliden Familienalltag haben. Es gibt Buben und Mädchen, die waren noch nie im Theater, im Zoo oder Eis essen, was aber auch zum Kind-Sein dazugehört.“

Schule schafft Sicherheit und soziales Miteinander

„Was mich stört an der Debatte rund um Corona ist dieses „nur ja nicht den Anschluss verlieren“, so als ob Schule nicht schon immer eine viel größere Bedeutung als Lernstoff pauken gehabt hätte.

Selbst wenn die Kinder in den letzten Monaten Lücken aufgerissen haben, so ist das doch nichts, aufgerechnet auf die gesamte Bildungszeit.“ Was macht den Kindern wirklich Freude an der Schule? Die gemeinsame Zeit, Sport, Musizieren, Feiern, Neues erleben. „Das muss einen Platz haben,“ fordert die engagierte Direktorin. „Denn viele Kinder, nicht nur in meiner Schule, erleben hier Dinge, die sie zuhause nicht bekommen.“

Lucia Kreisel ist auch seit Frühjahr 2020 die Vorsitzende des Grünen PädagogInnen-Vereins in Oberösterreich.

STEYR: NEUE ZUKUNFTSENTWÜRFE BRAUCHT DIE STADT

Wie kann Steyr die Krise der Automobilindustrie nutzen, um sich neu aufzustellen? Marco Vanek begleitet Ruth Pohlhammer, die Grüne Spitzenkandidatin für die Gemeinderatswahl auf einem Rundgang durch die Stadt, wo sie auch drei Startup-UnternehmerInnen traf.

MARCO VANEK

Steyr ist seit Jahrhunderten geprägt von der Arbeit mit Eisen. Zu Beginn waren es die Eisenhändler, Messerer und andere Kleinbetriebe, die Wohlstand in die Stadt brachten. Ende des 19. Jahrhunderts war es dann die Waffenerzeugung, die vor hundert Jahren von der Fahrzeugindustrie abgelöst wurde. Die letzten Jahre war Hochkonjunktur in diesem Sektor, entsprechend gut ging es der Stadt. Nun zeichnen sich dunkle Wolken am Wirtschaftshorizont ab: die bevorstehende Schließung des MAN-Werks ist nur das erste Zeichen des bevorstehenden Strukturwandels in der Fahrzeugindustrie. „Steyr täte gut daran, sich wirtschaftlich breiter aufzustellen“, meint Ruth Pohlhammer. Die 51jährige Dolmetscherin betreibt mit ihrer Mutter in der Innenstadt auch einen Kunsthandel und

wurde zur Spitzenkandidatin der Steyrer Grünen für die nächste Gemeinderatswahl gewählt.

Steyr war immer schon eine Stadt der HandwerkerInnen. Trotz des Fokus auf den Automobilsektor gibt es in der Region eine Vielzahl an Handwerksbetrieben. Alle haben ein gemeinsames Problem: trotz voller Auftragsbücher finden sie kaum MitarbeiterInnen. Das Lohnniveau der großen Fabriken können sie kaum anbieten. Und: für viele ist es halt prestigeträchtiger bei MAN oder BMW zu arbeiten, als bei einem kleinen Spengler oder Installateur.

Auf unserem Rundgang durch Steyr haben wir uns mit drei Menschen getroffen, die mit ihren Produkten und Leistungen versuchen, ganz neue Wege zu gehen.



Fotos: Ron Sandmayr (6)

„Das Handwerk hat Zukunft in Steyr“, Ruth Pohlhammer

„Steyr war immer schon eine Handwerksregion, meint Ruth Pohlhammer abschließend. Wenn sich die Industrie, im Speziellen die Fahrzeugindustrie, immer mehr zurückzieht, haben wir nach wie vor gut ausgebildete Facharbeiter in der Region. Auf jeden Fall gibt es einen großen Bedarf an alten Handwerksberufen, die zum Teil wiederbelebt werden müssen. Es gibt in Steyr bald keinen Schuster mehr, bald auch keinen Kupferschmied, so brauchen wir dringend Menschen, die das Handwerk des/der PolstererIn erlernt haben. In der Region gibt es auch zu wenig ÄnderungsschneiderInnen, auch keine Betriebe mehr, die fachmännisch Teppiche reinigen können. Darüber hinaus gibt es viele Menschen aus dem Nahen und Fernen Osten, die ihre Kenntnisse aus ihren früheren Handwerksberufen mitgebracht haben und diese bei uns gerne wieder einsetzen möchten.

Ein guter Beginn wäre für Pohlhammer ein Innovationszentrum für das Handwerk. In der Stadt stehen viele Häuser leer, wo kleine Handwerksbetriebe untergebracht werden können, etwa im alten Thalia-Geschäft am Stadtplatz.

Darüber hinaus wünscht sich Ruth Pohlhammer für Steyr eine Art Schnittstelle zwischen Handwerk und Innovation. „Wir haben eine große Anzahl an Forschungs- und Bildungseinrichtungen. Diese fänden hier fruchtbaren Boden für ihre Aktivitäten vor.“

Ich bin überzeugt: das handwerkliche Potenzial ist vorhanden, nützen wir die Krise in der Industrie als Chance, hier einen Wandel in eine andere – nachhaltigere – Richtung anzustoßen.“



DESIGN NEU DENKEN

Peter Postlmayr gehört zur neuen jungen Garde der Industriedesigner. Zuletzt arbeitete er für die Deutsche Bahn an neuen Innenraumlösungen für Nahverkehrszüge und kehrte kürzlich wieder nach Steyr zurück. Heute unterstützt er als freiberuflicher Designer Betriebe in der Region bei Produktentwicklungsprojekten. Darüber hinaus macht er sich Gedanken über die Zukunft der Mobilität. Als wir ihn besuchten, entwirft er gerade auf seinem Zeichenblock erste Skizzen von zukünftigen Fahrzeugmodellen. Mehr will er nicht darauf eingehen, weil alles noch in der allerersten Entwurfsphase ist. „Wir müssen die Mobilität neu denken“, ist Postlmayr überzeugt.

„Neue nachhaltige Energie- und Antriebskonzepte, sowie geänderte Bedürfnisse haben großen Einfluss auf die Gestalt der Fahrzeuge. Das Auto der Zukunft wird ganz anders ausschauen und als ein Teil der multimodalen Mobilität weniger als Statussymbol gesehen werden. Die Zukunft der Industriedesigner sieht er vor allem darin, Produkte langlebiger und nachhaltiger im Sinne der Kreislaufwirtschaft zu gestalten. Schon beim Entwerfen müssen wir uns überlegen, wie wir die verwendeten Rohstoffe im Kreislauf belassen können, um nach dem Ende der Nutzung möglichst wenig Müll zu hinterlassen.“

→ postlmayrdesign.com



AUS ALTEN BÜCHERN WERDEN TASCHEN

Alte Bücher haben es Bernadette Hartl schon immer angetan. Sie haucht ihnen ein zweites Leben ein, indem sie daraus stylische Taschen macht. Die Buchdeckel und -rücken werden verbunden mit Stoffresten, alten Krawatten oder Teilen aussortierter Bettwäsche. Die Justizministerin Alma Zadic bekam von ihr bereits eine solche Tasche geschenkt, upgecycelt aus einem Buch ihres Vorgängers Egmont Foregger. Ihre Produkte vertreibt sie nicht nur von ihrer

kleinen Werkstatt aus, sondern ist bereits im OÖ. Heimatwerk oder bei Damn Plastic in Linz vertreten. Auch auf der heurigen Wearfair-Messe stellte Hartl aus. Sie versteht sich nicht als reine Handwerkerin, sondern als Künstlerin, die handwerklich tätig ist. Ihre Werkstatt ist aber nur ein weiteres wirtschaftliches Standbein. Die studierte Wirtschaftswissenschaftlerin ist nach der Babypause wieder auf die Steyrer Fachhochschule zurückgekehrt, wo sie unter anderem AbsolventInnen oder FH-MitarbeiterInnen unterstützt, die Startups gründen. „Ich bin froh darüber zwischen der Werkstatt und dem Büro auf der FH pendeln zu können“. Für sie ist die Mischung ihrer beiden beruflichen Standbeine wichtig: „Reine Kopfarbeit möchte ich nicht machen, ebenso nur in der Werkstatt zu sitzen“, meint Hartl.

→ bernanderl.at



NACHHALTIGER FRISEUR SALON

Der gebürtige Neuseeländer Gene Schmutzer-Kennedy ist seit über zwanzig Jahren Friseur, betrieb Salons in Neuseeland und in Wien und lebt seit 15 Monaten in Steyr. Mitte März eröffnete er in Steyrdorf seinen nächsten Friseursalon namens „Solo“. Doch nach zwei Tagen musste er ihn wegen des Lockdowns wieder vorübergehend zusperrern. Wer den Salon in Steyr betritt, merkt sofort, dass hier vieles anders ist. Nicht nur, dass Gene alle seine Haarpflegeprodukte ausschließlich aus nachhaltiger Produktion bezieht, sondern er recycelt so viel wie möglich. „Ich fülle die Shampoo-Fläschchen selber nach und habe auch die Saloneinrichtung aus gebrauchten Produkten zusammengestellt.“ Hinten im Raum steht

ein alter Plattenspieler samt großer Plattensammlung. Wir möchte, kann sich selbst die Begleitmusik beim Haarschneiden aussuchen. Zu seinem Geschäftsmodell meint Gene: „Es ist kein normaler Job für mich. Haarschneiden ist Teil meines Lebens. Daher bin ich auch hier von 10 bis 22 Uhr. Meine Kundschaft kann entscheiden, ob sie mich als ‚normalen Friseur‘ erleben möchte oder eine große ‚Experience‘ mit mir macht.“ Was er darunter versteht, das haben wir ansatzweise bei unserem Besuch mitbekommen: Gedankenspielerien und Diskussionen über Kunst, Kultur, aber auch Gespräche über Zukunftsentwürfe, die wir in einem anderen Friseursalon so nie führen würden.

→ FB: [@solohairdressingnz](https://www.facebook.com/solohairdressingnz)



LINZ AUF DEM WEG ZUR „GREEN CITY“

GRÜNE KLIMA-ERFOLGSBEISPIELE IN LINZ:

- Seit Juni 2020 hat Linz einen Stadt-Klimatologen – einige Aufgaben: Klimaschutz-Maßnahmen, Bewusstseinsbildung intern und extern, klimatologische Begutachtung von Stadtprojekten, Mitarbeit bei regionalen und internationalen Projekten
- Linz ist Teil des EU-Projekts Clarity: Auswirkungen der städtischen Überhitzung werden ausgewertet, effektive Maßnahmen und digitale Lösungen erarbeitet. Auf der Onlineplattform <https://myclimateservices.eu/> werden die erzielten Ergebnisse mit Klima-expertInnen, StadtplanerInnen und interessierten Städten geteilt.
- Umweltförderung für Maßnahmen zum Schutz der Umwelt: zur Energieeinsparung, Luftreinhaltung, Verbesserung des Stadtklimas (z.B. Dach- und Fassadenbegrünungen), zum Bodenschutz, Klimaschutz, zur nachhaltigen Stadtentwicklung und Bewusstseinsbildung

Immer mehr Menschen wollen mehr Grün in den Städten. Doch die Politik ziert sich noch. Umweltstadträtin Eva Schobesberger über ihr beharrliches Bauen an einem grünen Linz.

■ SONJA WÖHRENSCHIMMEL

Beginnen wir mit einem Zeitsprung ins Jahr 2024. Linz hat eine grüne Bürgermeisterin. Was ist anders?

Vieles! Wer durch die Stadt spaziert, dem fällt auf: Es ist grün, spielende Kinder. Menschen treffen einander mitten in der Stadt. Viele neue Bäume, begrünte Hausfassaden schaffen ein angenehmes Klima. Man fühlt sich sicher. Menschen am Radl, in den Öffis und wenige Autos auf der Straße. Es fühlt sich gut an!

Kommen wir zurück in den September 2020. Noch sitzt eine rot-blaue Koalition am Steuer.

Sprichwörtlich! Wenn es um Mobilität geht, steht bei diesen Parteien eindeutig das Auto im Mittelpunkt. Der Bau der zweiten Schienenachse zum Beispiel ist jahrelang an der Finanzierung gescheitert. Bürgermeister Luger hat aber kein Problem damit, eine Autobahn-Schneise mitten durch die Stadt zu fördern, mit Millionenbeträgen aus der Stadtkasse. Das ist absurd.

Welche weiteren Fehlentwicklungen stehen der „Green City Linz“ noch im Weg?

Der Flächenfraß! Nur ein Beispiel von vielen: Bei der JKU will eine Firma ihren Firmensitz mitten im Grünland errichten. Statt hier klar Nein zu sagen und den Linzer Lebens- und Erholungsraum zu schützen, sagt Bürgermeister Luger

wortwörtlich: „Wir werden uns nicht davor drücken können, Grünland umzuwidmen.“

Du bist seit mehr als 10 Jahren Umweltstadträtin von Linz und hast trotz des politischen Gegenwindes schon viel erreicht. Welche Erfolge freuen Dich besonders?

Das Umweltticket! Alle LinzerInnen mit Hauptwohnsitz erhalten dieses Öffi-Jahresticket um 285 Euro, damit bieten wir eine der günstigsten Jahreskarten in ganz Österreich. Der Effekt: Seit seinem Start haben fast drei Mal so viele Menschen eine Öffi-Jahreskarte!

Das Umweltticket um 285 Euro/Jahr

Die Stadt Linz ist Teil vom EU-Projekt Clarity, das die Auswirkungen der städtischen Überhitzung analysiert und

Maßnahmen sowie digitale Lösungen erarbeitet. Erste Ergebnisse zeigen, wie massiv das Entsiegeln von Böden und das verstärkte Bepflanzen und Begrünen ein kühleres, gesünderes Klima fördert. Alle diese Maßnahmen tragen eine eindeutig grüne Handschrift.

Welche Verbündeten hast Du auf Deiner Seite?

Die Linzerinnen und Linzer. Viele wollen eine Stadt, mit mehr Grün, mehr Zusammenhalt. Und sie sind immer öfter dazu bereit, sich für die gute Sache einzusetzen. Das ist auch wichtig: Denn im Hinblick auf die Wahl 2021 brauchen wir dringend neue Mehrheitsverhältnisse. Damit Linz eine Stadt wird, die den Menschen und nicht den Autos gehört. Wie attraktiv autofreie Zentren sind, zeigen viele andere Städte. Dort hat auch die örtliche Wirtschaft von diesen Maßnahmen profitiert.

KONKRETE PROJEKTE UND AKTIONEN:

- Renaturierung Haselgraben: Hochwasser-Schutz für AnrainerInnen und Verbesserungen für das Ökosystem
- Linzrad: Seit August stehen drei Lastenräder an drei Bibliotheksstandorten zum Ausleihen bereit.
- Linzer Umweltticket: Seit Einführung 300% Zuwachs. Eine der günstigsten Jahreskarten in ganz Österreich.
- Coffee to go - cup to keep: Mehrweg-Aktion mit Linzer Gastrobetrieben
- Linzer Rathaus-Bienen: Bienenstöcke auf dem Dach des Neuen Rathauses, Förderung von bienenfreundlichen Maßnahmen
- Förderung Stadtbauern: Aufwandsentschädigung für die Pflegearbeiten der Urfahrner LandwirtInnen – Erhaltung und Pflege des Naturraums für eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt.
- Das tierische Linz: Mitmachprojekt für die Bevölkerung zur Erhebung der Tiervielfalt in Linz

LINKS VON DER MITTE IST NOCH VIEL PLATZ

Ein Spaziergang mit Thomas Rammerstorfer durch Wels.

■ SONJA WÖHRENSCHIMMEL

Thomas, Du gehst als Spitzenkandidat der Grünen in einer FPÖ-Hochburg ins Rennen. Wie stehen die Chancen?

„Sehr gut. Tatsächlich stehen die drei Großparteien gefühlt rechts neben der Mitte, da ist links viel Platz.“

Welche Themen gehören besonders dringend bearbeitet?

Die großen Brocken sind der



Verkehr, die Pflege, die Bildung, Integration- da traut sich keiner drüber. Dafür ist betonierte wie verrückt. Eine Autobahnabfahrt hier, ein neues Amtsgebäude da und 2000 Wohnungen, leerstehende Wohnungen. Die Verandelung des Bürgermeisters mit Akteuren aus der Bau- und Immobilienbranche ist offensichtlich. Gleichzeitig ist kein Geld da, wenn es ums Markieren von offiziellen Radwegen geht.

Apropos Rad: der einzige Führerschein, den Du besitzt, ist dein Radführerschein. Wie leicht lebt es sich als Alltagsradler gerade in der Autohochburg Wels?

Ich blicke neidvoll auf jede andere Stadt. Bei uns ist der Radverkehr sogar rückläufig. Wenn ich mit meinen Kindern fahre, schwitze ich Blut und Wasser und atme erleichtert auf, wenn wir heil ankommen. Was übrigens noch weniger zählt als der Radverkehr, ist eine gute Integration der Menschen hier.

Wie erlebst Du die mangelnde Integration?

Es fängt schon in den Schulen an. In unserer örtlichen Schule haben die meisten MitschülerInnen meiner Kinder einen Migrationshintergrund. Viele Eltern jedoch melden ihren Nachwuchs lieber in

den Umland-Gemeinden an oder ziehen dorthin um.

Ich wünsche mir mehr soziale Durchmischung. Es sollte absolut normal sein, in einer multikulturellen Stadt zu leben!

Ein Flaggschiff für eine bunte Gesellschaft ist der „Alte Schlachthof Wels“.

Ich bin froh, dass es ihn und die anderen „bunten“ Orte gibt. Sie kämpfen mit politischem Gegenwind, doch sie halten durch. Und bieten all den engagierten und interessierten Menschen hier eine echte Heimat. Das stimmt mich zuversichtlich für 2021.

KOMMENTAR



■ **GOTTFRIED HIRTZ**
KLUBOBMANN DER
GRÜNEN IM OÖ. LANDTAG
GOTTFRIED.HIRTZ@
GRUENE.AT

WIR VERBRAUCHEN ZU VIEL BODEN!

Man kennt es nur als Grünland, als unberührte Fläche. Eines Tages stehen dort Baugeräte, entstehen Firmengebäude, davor Parkplätze. Viele von uns wissen von solchen Beispielen, die in Summe ein veritables Problem beschreiben. Denn wir verbrauchen zu viel Boden. Mittlerweile hat dieser Verbrauch enorme Ausmaße angenommen. Die Details zeigt die Aufmachergeschichte dieser Ausgabe deutlich auf. Dass diese fatale Entwicklung gestoppt und der Boden geschützt werden muss, liegt auf der Hand und ist eine dringende politische Aufgabe. Wir Grünen sehen uns als Speerspitze im Kampf gegen den Bodenverbrauch, auch mit unserer Arbeit im Landtag. Das umfasst insbesondere das aktuelle Ringen um das neue Raumordnungsgesetz. Denn die Raumordnung ist das zentrale Instrument für den Bodenschutz. Dieses neue Gesetz der schwarz-blauen Landeskoalition nutzt nichts. Es ist zu wenig weitreichend, weitgehend wirkungslos und wird unseren Boden nicht schützen.

Das sagen nicht nur wir Grünen, sondern auch zahlreiche ExpertInnen. Aber deren Meinung haben ÖVP und FPÖ ebenso beharrlich abgeblockt, wie sie die vielen Grünen Landtags-Anträge abgelehnt haben. Anträge, die die erforderlichen Schritte für einen effektiven Bodenschutz ganz klar aufgelistet haben. Dazu zählen keine Bauten auf den besten Agrarflächen, in Erholungsgebieten sowie Hoch- und Tiefgaragen statt Freiparkplätzen vor Firmen und Einkaufszentren. ÖVP und FPÖ ignorieren diese Grundpfeiler eines effektiven Bodenschutzes.

Unverständlich, aber umso mehr werden wir Grünen für einen wirksamen Bodenschutz in unserem Land kämpfen. Denn Boden kann man nicht nachbestellen. Ist er verbaut, ist er weg.

FÜR MOTORBOOTE MIT E-ANTRIEB

„Wenn schon Motorboote auf unseren Seen fahren, sollten sie sich an die Regeln halten und das gehört auch strenger überwacht“, fordert die Grüne Abgeordnete **Johanna Bors**. Denn Regelverstöße gibt es etliche, darunter Einfahren in Badeschutz-zonen, Schutzgebiete, Fahren zu nah am Ufer oder Wasserverschmutzung durch Öle und Treibstoffe. Bors spricht sich grundsätzlich dafür aus, dass unsere Seen möglichst frei von Motorbooten mit Benzin- oder Dieselantrieb werden. „Es sollten schrittweise nur mehr Boote mit E-Antrieb fahren. Die Zeit dafür ist reif“.

SO RETTEN WIR DEN LUCHS!

Kaum jemand bekommt ihn zu Gesicht, niemand käme auf die Idee, mit ihm zu kuscheln. Er ist kein Tier unseres Alltags, kein Nutztier im bekannten Sinn. Aber der Luchs ist wichtiger Teil des Ökosystems und des Naturbildes. Und er ist bedroht, braucht unseren Schutz und unsere Unterstützung.

■ MAX GUSENBAUER

Essenziell dafür ist das Luchsprojekt im Nationalpark Kalkalpen, das sich der Wiederansiedelung dieses Wildtieres widmet. Aber über diesem Projekt schwebt ein großes Fragezeichen, da seit mittlerweile fünf Jahren der Nachwuchs ausbleibt. Ohne Junge kann die Luchspopulation nicht aufgebaut werden und die vorhandenen drei weiblichen und drei männlichen Luchse altern laufend. „Damit ist das Wiederansiedelungsprojekt für Luchse im Nationalpark Kalkalpen und damit generell in den nördlichen Kalkalpen ernsthaft gefährdet“, betont der Grüne Klubobmann Gottfried Hirtz. Ein Szenario, das die Grünen nun verhindern wollen. In einem ersten Schritt haben sie bereits im Landtag eine Initiative gestartet, um die wichtigsten Maßnahmen zum Schutz des Luchses auf den Weg zu brin-

gen. Die koalitionäre Blockade von ÖVP und FPÖ hat dies bisher verhindert. Nun heben die Grünen ihr Vorgehen auf die nächste Ebene und werden nun bundesländer-übergreifend aktiv. „Es gibt jetzt einen Schulterchluss mit den Grünen Niederösterreich und der Steiermark. Denn als Luchs-Lebensraum muss die gesamte Region der nördlichen Kalkalpen um den Nationalpark betrachtet werden muss. Nur in einer Allianz können wir dem Luchs dort eine Zukunft geben.“

Wie den Luchs schützen?

Erstens braucht es ein gemeinsames Luchs-Management und Einbringung neuer Luchse in die Dreiländer-Luchsregion Nationalpark Kalkalpen in OÖ, Nationalpark Gesäuse in der Steiermark und das Wildnisgebiet Dürrenstein in Niederösterreich.



Länderübergreifend: Schönleitner (STM), Krismer (NÖ), Buchmayr, Hirtz



Foto: Buchsammy / Photocase.com

„Die politisch Verantwortlichen der drei Bundesländer müssen rasch Gespräche aufnehmen. Hier muss es ein gemeinsames und abgestimmtes Vorgehen geben“, betont Maria Buchmayr. Zweitens müssen die Verbindungsmöglichkeiten zwischen der Region Böhmerwald und dem alpinen Bereich verbessert werden. Vor allem durch gesicherte und ausgebaute Wildtierkorridore und Biotopverbunde. Für die Grüne Naturschutzsprecherin muss der Schutz dieser Korridore auch in der Raumordnung verankert werden. „Im kommenden Unterausschuss des Oö. Landtages zur gerade laufenden Novelle des Oö. Raumordnungsgesetzes werden wir diese Verankerung einfordern.“

Drittens muss die Informationsarbeit zur Bedeutung des Luchses und vor allem die Akzeptanz seiner Wiederansiedelung in der Jägerschaft weiter verstärkt werden. „Wir

brauchen die Jägerschaft als Bündnispartner für den Schutz des Luchses und damit auch gegen die Wilderei.“

Vor rund 100 Jahren war der Luchs in Westeuropa de facto ausgerottet. Dass wir nun daran arbeiten, ein zweites Mal zu verhindern und das Überleben des Luchses zu sichern, kann als versuchte Wiedergutmachung gesehen werden. Eigentlich aber ist es eine Selbstverständlichkeit.

Rückendeckung für die Zukunft des Luchses kommt nun durch die positive Einstellung in der Bevölkerung. Denn laut einer Meinungsumfrage des market-Instituts sehen rund vier Fünftel der ÖsterreicherInnen die Wiederansiedelung des Luchses positiv. Bei einer anderen Umfrage von market (2012) in OÖ zeigten sich 90 % der Befragten gegenüber den Bemühungen, den Luchsfortbestand zu sichern, positiv eingestellt.

JUNGEN MENSCHEN JOBS UND PERSPEKTIVEN GEBEN

■ MAX GUSENBAUER

Der Arbeitsmarkt ist bereits in Normalzeiten eine stetige Herausforderung, Corona und die nötigen Gegenmaßnahmen haben ihn zu einer gewaltigen gemacht. Geschlossene Geschäfte, gedrosselte Produktionen und wirtschaftliche Einbrüche in vielen Branchen haben die Arbeitslosenzahlen in exorbitante Höhen getrieben und die Betroffenen in schwierigste Lagen. Akute Besserung ist nicht in Sicht. Zu den Hauptleidtragenden zählen die jungen Menschen. Die dra-

matisch hohe Jugendarbeitslosigkeit und die vielen Lehrstellensuchenden sprechen Bände. „Die jungen Leute waren unter den ersten, denen die Corona-Maßnahmen den Job gekostet haben. Und sie leiden seit geraumer Zeit, dass Unternehmen an Lehrstellen sparen“, betont die Grüne Arbeitsmarktsprecherin LABg. **Ulrike Schwarz**, die intensiv auf eine Änderung der Situation hinarbeitet.

Dass hier massiv mit Ausbildungs-, Unterstützungs- und Beratungsangeboten reagiert und hier auch Geld investiert

werden muss, steht für Schwarz außer Frage. Mehr überbetriebliche Lehrausbildungsplätze und Produktionsschulen sind zentrale Teile eines solchen nötigen Maßnahmenpakets.

„Aber das muss mit Plan und Bedacht passieren. Es gibt hier einige Faktoren, die zusammenspielen und die berücksichtigt werden müssen, sonst laufen Maßnahmen ins Leere“, betont Schwarz. Dies sind vor allem die Bedürfnisse der Wirtschaft, deren regionale Unterschiede und die Wünsche und Vorstellungen der jungen Menschen.

Fakt ist, dass es bei der Jugendarbeitslosigkeit große Unterschiede unter den Bezirken gibt. In diesem Sinne müssen Maßnahmen auch die unterschiedlichen Gegebenheiten in den Bezirken und Regionen berücksichtigen. „Wenn in einer Region die Wirtschaft etwa spezifische technische Fähigkeiten sucht, müssen sich Ausbildungsmaßnahmen daran orientieren. Dafür muss es mehr Mittel für Unterstützung, Beratung und maßgeschneiderte regionale Schulungsangebote für die Jugendlichen geben“.

DIE EINFACHSCHWERE ÖFFI-ZAUBERFORMEL

Die Zukunft gehört dem Öffentlichen Verkehr – oft gehört, oft gelesen, und dennoch keine beliebige Annahme, sondern ganz einfach Faktum. Faktum ist auch, dass es hier noch gewaltig Luft nach oben gibt. Besonders in Oberösterreich muss nachgebessert werden.

■ MAX GUSENBAUER

Wie bringt man nun also mehr Menschen in die Öffis? Das ist die Gretchenfrage der Mobilität. Und es gibt klare Antworten: Erstens mit mehr Platz für sanfte Mobilität. Zweitens mit einem gut ausgebauten Angebot. Und drittens mit leistbaren und nachvollziehbaren Tarifen.

Was einfach klingt, war bisher aber offenkundig schwer umsetzbar. Dank Grüner Regierungsbeteiligung stehen wir nun aber vor geradezu historischen Veränderungen. Denn mit dem 1-2-3 Jahresticket steht nun ein Öffi-Jahrhundert-Projekt vor der Umsetzung. Ein bundesweites Ticket, mit dem man um 3 Euro pro Tag in ganz Österreich alle Öffentlichen Verkehrsmittel nutzen kann. „Leistbar, unkompliziert, ein Meilenstein für die PendlerInnen und den Klimaschutz“, wie der Grüne Verkehrssprecher Severin Mayr betont.



Foto: Die Grünen OÖ

Diesem revolutionären bundesweiten Ticket wollen die Grünen ein weiteres für Oberösterreich folgen lassen. Denn in kaum einem anderen Bundesland ist das Pendeln mit Bus und Bahn so teuer wie hier. Das von den Grünen geforderte 365-Euro-Ticket ist das ideale Instrument, dies zu ändern. „Gemeinsam mit einem anständigen Öffi-Angebot bringt das günstige Ticket eine enorme Ersparnis für die PendlerInnen und wäre endlich eine echte Alternative zum eigenen Auto“, meint Mayr und nennt konkrete Beispiele. Rund 1.000 Euro im Jahr spart sich ein Pendler aus Rohrbach nach Linz mit diesem Ticket, 1.100 eine Pendlerin aus Vöcklabruck. Diese Beispiele lassen sich nach Belieben fortsetzen.

Dieses Ticketmodell wäre der nächste Meilenstein, aber noch bremsen die schwarz-blaue Lan-

deskoalition nach allen Regeln der Kunst – nicht nur bei den Tickets, sondern auch beim Öffi-Ausbau und damit der zweiten tragenden Säule für die Attraktivierung des Öffentlichen Verkehrs.

Auch hier wären durch die Grüne Regierungsbeteiligung nun beste Voraussetzungen gegeben. So viele Mittel wie nie zuvor pumpt die Grüne Klimaschutz-Ministerin Leonore Gewessler in die Bahnen in den Bundesländern. „Auch Oberösterreich könnte davon immens profitieren, seit Jahren geht bei den wichtigsten Projekten nichts weiter. Für den Zentralraum wäre die zweite Linzer Schienenachse samt neuem S-Bahn-Strang Richtung Gallneukirchen dringend notwendig. Es gibt jetzt neuerliche Ankündigungen, man darf gespannt sein, ob sie dieses Mal

in der Realität ankommt. „Denn in keinem Land ist der Widerspruch zwischen Öffi-Ankündigung und Öffi-Stillstand so eklatant wie in Oberösterreich“, betont Mayr. Offensiv ist man nur bei Autobahnprojekten. Während hier Milliarden verbetoniert werden, sucht man die Bagger auf Schienenbaustellen vergebens.

Westring um satte 100 Millionen Euro teurer

Dass nun der Westring sogar um satte 100 Millionen Euro teurer wird, ist der nächste Treppenwitz. „Um dieses Geld könnte eine Öffi-Ausbau-Offensive auf die Minute gestartet werden“, betont Mayr. Aber während solch horrenden Summen nonchalant im Asphalt versickern, heißt es bei den Öffis „bitte warten“. Aber wie lange noch?

■ MAX GUSENBAUER



GRATULATION 35 JAHRE

Es war so etwas wie ein politisches Mehrgenerationen-Fest zum 35er der Grünen Gmunden. Viele der zahlreichen GründerInnen aus dem Jahr 1985, Landtagsabgeordnete, MitstreiterInnen und WegbegleiterInnen dieser schon sehr langen Periode waren gekommen, wie auch der politische Nachwuchs. Beste Voraussetzungen, auch den 70er zu feiern.

PLASTIKFLUG EINDÄMMEN

„Diese Maßnahmen der Umweltministerin Gewessler sind essenziell, um die Plastikmüllberge abzutragen“, betont die Grüne LABg. Uli Böker und unterstützt klar ihren Drei-Punkte-Plan zur Eindämmung der Plastikflut. Dieser sieht eine Quote für Mehrwegflaschen, ein Pfand auf Einwegflaschen und eine Abgabe auf Herstellung und Import von Kunststoffen vor. Der Widerstand aus Handel und Wirtschaft ist für Böker unverständlich. „Das bringt durchaus Herausforderungen, aber dafür gilt es, Lösungen zu finden. Denn allen muss klar sein, das wir handeln müssen“. Denn in Österreich werden über vier Milliarden Getränke in Dosen, Einwegplastikflaschen und anderen Einwegverpackungen pro Jahr verkauft und weggeworfen. Die umweltfreundliche Mehrweg-Pfandflasche wird immer mehr aus den Regalen der Supermärkte verdrängt. „Wir brauchen Instrumente wie das Pfandsystem. Nur damit können wir das Einweg-Plastik reduzieren. Dies sehen auch die KonsumentInnen so“, verweist Böker auf eine Global 2000 Umfrage, laut der 83 Prozent der Befragten ein Pfandsystem befürworten.



SCHWARZ-BLAUES TAGEBUCH

05.10.2020

Ich sag dir was, mein Tagebuch, des Corona Dings ist zack wie a Doku Soap im siebten Jahr. Hört einfach net auf. Ka Wunder. Im Urlaub haben einige Leute net nur Kraft tankt, sondern a des Virus. Die meisten sind jetzt eh brav mit großer Masken und kleinem Elefanten unterwegs. Aber was hilft des, wenn a paar schon längst wieder den Herdentrieb haben. Feiern mehr als nur zu zweit, ist der Cluster nimma weit, sagt der Volksmund. Heute Partyszene, morgen Quarantäne, sag i. Im Winter wirts ka „Apres Ski“ geben,

vielleicht fürchtens, dass dann net amal a „Ski“ gibt. Und in Wien wird kartlt – dort gibts in die Restaurants neben Speise-, Wein- und Kreditkarten a die Gästekarten zum Eintragen, sonst gibt's vom Kellner die rote. Viel ist Bledsinn, sagt die SPÖ. Alles a Bledsinn, sagt die FPÖ und will a restriktionsfreies öffentliches Leben – ich hör des Virus bis daher klatschen.

Was tut sich denn außer Corona. Der Kurz lasst keine Flüchtlinge aus Moria nach Österreich. Weil dann kommen noch mehr übers gefährliche

Meer und das kann er net mit seinem Gewissen vereinbaren. Des Aug ist feucht, die Rührung groß. Jetzt aber echt, vielleicht setzt er sich mit seinem Gewissen nach der Wien Wahl noch einmal zsamm. Dann der Ibiza-Ausschuss, bitte aufzeigen, wer da noch einen Überblick hat

Schau ma noch kurz nach Oberösterreich. Der Westring wird jetzt um 100 Millionen teurer, des ist ka Ring of fire, sondern a Ring of tia, um wirklich viel Cash. Des ist aber genau so überraschend wie die Linzer

Stadtbahn, die es immer noch nicht gibt. Neu wird die Technische Uni für Oberösterreich – eher wenig akademisch waren die Schmähe beim FPÖ Oktoberfest, auch wens von irgendwelchen Einzellern gredt haben. Und die ÖVP zieht sich jetzt schon diesen Herbst wärmer an und hängt sich die Klimaschutz-Jacken um, aber der Reißverschluss klemmt dauernd.

So, ganz wichtig ist, make the virus small again, oha da is was durcheinand kommen...

IMPRESSUM

oö.planet. 06/2020

Zulassungsnr.: MZ 02Z031264 M

MedieninhaberInnen: Die Grünen OÖ und die Grüne Bildungswerkstatt, beide 4040 Linz, Landgutstraße 17 **HerausgeberInnen:** Die Grünen OÖ, die Grüne Bildungswerkstatt OÖ und der Klub der Grünen im oö. Landtag.

Die Redaktion: Mag. Marco Vanek (Chefredakteur), Mag. Gerhard Niederleuthner, Mag. Markus Gusenbauer, Ursula Roschger

MitarbeiterInnen und AutorInnen: Mag. Herbert Voraberger, Dr. René Freund, Gottfried Hirz, Mag. Barbara Vanek, Mag. Sonja Wöhrenschiemmel, Erich Josef Langwiesner, **Korrektorat:** Mag. Barbara Vanek

Fotos: www.bilderbox.com, istock, Grünes Archiv, Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner, Ron Sandmayr

Gestaltung: agentur g+, Mag. Gerhard Niederleuthner und Gernot Wartner

Produktion: Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner

Adressenverwaltung: Tel.: 0732/73 94 00 Richard Steinmetz; ooe@gruene.at

Druck: Wimmer Medien Druck, Linz

Verbreitete Auflage: 22.000 Stück

Die nächste Ausgabe des oö.planet erscheint Anfang Dezember 2020



Fotos: Studio Incentivo, CC-BY 2.0 (1); Wikipedia (1); Gerhard Niederleuthner (2)

BE WATER BY HONG KONGERS

Sei gestaltlos, sei formlos, sei in der Lage, dich jeder Situation anzupassen – das bedeutet "Be Water!". Kampfsportikone Bruce Lee machte diese Leitidee berühmt, 2019 griff die Hongkonger Protestbewegung sie auf ihre Weise auf. Ein in Peking beschlossenes Auslieferungsgesetz hatte eine breite BürgerInnenempörung ausgelöst, die als Best Practice-Beispiel für digitalen Aktivismus im Kampf für demokratische Grundrechte gilt.

Eine Schlüsselrolle in dieser Protestbewegung spielten bzw. spielen neben analogen Formen vor allem digitale Technologien. Binnen kurzer

Zeit bildete sich eine "Digital Community", die die DemonstrantInnen an vorderster Front unterstützte, Crowdsourcing-Kampagnen und Online-Petitionen organisierte, soziale Medien zur Faktenprüfung und Berichterstattung nutzte, Live-Streamings unterschiedlicher Events machte... Trotz – oder wegen – dieser unzähligen Aktivitäten, kam und kommt die Protestbewegung bis heute ohne jede zentrale Führung aus. Die BürgerInnenbewegung erhielt nun für ihren digitalen Aktivismus die Goldene Nica im Rahmen des Prix Ars Electronica.

→ bewater.digital

MEINE VERSCHWÖRUNG

Es ist Zeit für ein Geständnis.

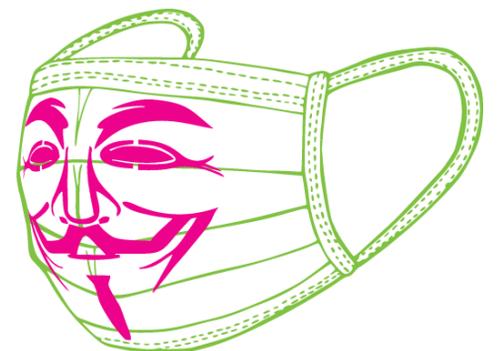
Besser jetzt als nie. Es muss raus:

Ich bin schuld an Corona.

TEXT RENÉ FREUND

Mehr als ein Drittel der Bevölkerung glaubt mittlerweile, dass hinter der Corona-Krise eine Verschwörung steckt. Auch ich diskutiere immer wieder mit Menschen, die dunkle Interessen hinter der Pandemie vermuten. Natürlich profitieren einige, in jeder Krise gibt es Gewinner. Aber haben tatsächlich unsere PolitikerInnen Corona in die Welt gesetzt? Wenn ja, war das eher ein Schuss ins eigene Knie: Donald Trumps Umfragewerte sehen so katastrophal aus wie seine Krawatten; Boris Johnson lag auf der Intensivstation; Sebastian Kurz musste sein goldenes Kalb Nulldefizit schlachten und Werner Kogler sagte den Opernball und damit die Opernballdemo ab. Wenn das eine gelungene Intrige sein soll, dann bekommen unsere PolitikerInnen planungsmäßig nicht einmal einen Wochenendausflug hin, geschweige denn eine Weltverschwörung.

Doch wer war es dann? Bill Gates? Der redet immerhin seit Jahren von Impfungen, und seinen Arier-Nachweis hat er auch noch nicht online gestellt, das macht ihn doppelt verdächtig. Steve Jobs aus dem Jenseits? (Apple-Aktie gestiegen!) Die Pharma-Industrie? Sicher, die machen immer fette Gewinne. Aber erst ein Virus in die Welt setzen und dann keinen Impfstoff dagegen haben: So ungeschickt sind diese Konzerne auch wieder nicht.



Ich mag mich nicht unnötig in den Mittelpunkt stellen, aber ich fürchte, dass ich für die Pandemie verantwortlich bin. Hinter mir bricht ständig Corona aus. Im August weilte ich an einem kroatischen Strand. Kaum war ich wieder daheim: Reisewarnung! Im September habe ich ein Wochenende in Prag verbracht. Kurz danach: Die Infektionszahlen in Tschechien explodieren! Letztens habe ich die Theater-Premiere meines Stücks „Swinging Bells“ in Hamburg besucht, gleich darauf kam es zu einem Corona-Ausbruch im Schanzenviertel. Und das alles, obwohl ich pumperlg'sund bin und Maske trage! Doch welche dunklen Interessen verfolge ich? Meine Lesungen werden entweder abgesagt oder gleich gar nicht gebucht; der Buchverkauf ist eingebrochen; im Theater durften nur 150 statt 500 Leute sitzen. Wie gesagt, ich mag mich nicht unnötig in den Mittelpunkt stellen, aber vielleicht ist das Ganze doch – eine Verschwörung gegen mich?

René Freund ist Schriftsteller. Zuletzt erschienen: „Swinging Bells“, Roman, Deuticke Verlag.)

KULTUR.PUNKT „SCHAM“

unser gesicht
ist den spiegel
nicht wert
wenn polit clowns
von europas
haus dreistöckig
unausbaufähig
schwafeln und schick
sale notleidendster
brutal ignorieren
attacken sanft
besorgter trotz besitz
flut hoffnungsschwangerer

egodimensional österreichs
gerstl verhökern
konsumkasperln der
würde nicht
bewusst die im
gesagten einzelner

■ E.J.L. 2020

Im vergangenen Sommer erschien „Signat“, der neueste Lyrikband von Erich Langwiesner im Literaturverlag Nina Roiter.

KONTAKT

Die Grünen OÖ –
Die Grüne Alternative
Landgutstraße 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 Fax DW 556
Mail ooe@gruene.at
Web ooe.gruene.at

REDAKTION

oö.planet – Grüne Zeitung für OÖ
Landgutstr. 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 Fax DW 556
LeserInnenzuschriften:
Mail marco.vanek@gruene.at
Tel. 0732/73 94 00
Mail service.ooe@gruene.at
Adressverwaltung: Richard Steinmetz